

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Zur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Zöbeleranzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkauf-, und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 121

### Valuta, Leuerung und Lohnproblem

I.  
„Der traurige Stand der deutschen Valuta ist in der Hauptache auf die ungelunden Lohn- und Produktionsverhältnisse in Deutschland zurückzuführen. Jede weitere Steigerung der Löhne muß die Valuta noch weiter verschlechtern und den Wert des Geldes noch mehr herabdrücken.“ Also orakelte schon vor zwei Jahren die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (Nr. 46 von 1919) in ihrem Artikel unter der Überschrift „Die Schraube ohne Ende“. Wir haben zwar damals schon diese naive Verleugnung der Ursachen und Wirkungen des Valutaelendes in ihren tatsächlichen Zusammenhängen mit aller Deutlichkeit unter die Lupe genommen (Nr. 133 von 1919) und nachgewiesen, daß die Valutawirkungen die Kaufkraft der deutschen Mark und damit auch den jeweiligen Wert des Arbeitslohns bestimmen. Und daß infolgedessen die Lohnregulierung oder die Lohnbewegungen nicht Ursache der Valutaschwankungen, sondern erst deren Folgen sind. Wir haben damals ferner nachgewiesen, daß das ganze Valutaelend eine direkte Folge der gesamten privatkapitalistischen Wirtschaftspolitik diesseits wie jenseits der deutschen Grenze ist. Heute, nach zwei Jahren weiterer privatkapitalistischer Auswirkung der wirtschaftlichen Gütererzeugung und -verteilung, ist es fast jedermann verständlich geworden, daß die Valuta den Wert des Geldes, die Kaufkraft des Arbeitslohns bestimmt, und daß dabei auch die Kosten des Existenzminimums, je mehr wir uns der legenden freien Wirtschaft oder dem „freien Spiel der Kräfte“ auf privatkapitalistischer Grundlage wieder genähert haben, von der Valuta zum größten Teil beeinflusst werden.

Wie das aber im einzelnen zusammenhängt und möglich ist, das wird nur von den wenigsten verstanden. Es liegt nämlich über der ganzen Valutamisere ein sehr undurchsichtiger Schleier. Man fühlt wohl ihre Wirkungen, aber ihre tatsächlichen Ursachen sind so verschwommen und unklar, daß selbst „Fachleute“ dieser Spinnst oft sehr ratlos gegenübersehen. Die Literatur über die Valuta ist enorm angewachsen; aber wer sich durch sie hindurchgewühlt hat, dem geht es nachher wie ein Mühlrad im Kopfe herum. Denn fast jeder Valutafachverständige arbeitet nach andern Rezepten und kommt zu andern Schlüssen als seine Kollegen. Man könnte die geheimnisvollen Entstehungsursachen der Valutawirkungen mit den auch heute noch geheimnisvollen Ursachen der elektrischen Kräfte vergleichen, von denen man wohl die Bedingungen kennt, unter denen sie wirksam sind und ausgenutzt werden können, ohne jedoch ganz genau zu wissen, was Elektrizität eigentlich ist. Da wird mit Volt, Ampère, schlechten und guten Leitern, mit Isolatoren, Akkumulatoren, Elementen, Batterien usw. gearbeitet, aber hinter das „Ding an sich“ ist noch keiner gekommen. Ähnlich verhält es sich mit der immer unheimlicher werdenden Valuta; auch diese ist ein solch geheimnisvolles „Ding an sich“, das jedem einschließt, wenn er glaubt, ihr innerstes Geheimnis entdeckt zu haben. Bei allen diesen Vergleichen und Beobachtungen drängt sich uns die Erkenntnis auf, daß wir es letzten Endes bei der Valuta wie bei der Elektrizität mit einem Ding zu tun haben, dessen Geheimnis nur in dem Maße der Abwesenheit oder Ausschaltung aller Gegenkräfte, also in einem für den heutigen menschlichen Verstand noch unfaßbaren Nichts besteht.

Ist in der Tat, das Sinken der Valuta bedeutet im heutigen Zusammenhange der Weltwirtschaft eine Annäherung an das wirtschaftliche Nichts für alle davon betroffenen größeren Wirtschaftskreise, während das Steigen eine zunehmende Stärkung wirtschaftlicher Kräfte anzeigt. Das ist, mit dürren Worten gesagt, das innere Geheimnis aller Valutawirkungen; was dazwischen oder darum herum liegt, ist Spekulation oder Wucher, Glück oder Unglück, gute oder schlechte Politik, soziales oder unsoziales Verständnis, ehrliche Arbeit und unehrliche Profitgier im immer enger werdenden Rahmen der heutigen privatkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform.

Rein äußerlich betrachtet bedeutet Valuta einen börsentechnischen Begriff, der zum Ausdruck bringen soll, in welchem Wertverhältnisse die verschiedenen Geldwerte oder offiziellen Zahlungsmittel der einzelnen Kulturstaaten im internationalen Zahlungsverkehr auf dem Weltmarkte zueinander stehen. Die einheitliche Grundlage aller Zahlungsmittel oder Geldsurrogate bildet das Gold. Gold als reines Edelmetall stellt infolge seiner Seltenheit, seiner gleichmäßig bleibenden Substanz und seines hohen spezifischen Wertes einen nur äußerst geringen Schwankungen unterworfenen internationalen Wert dar, der sich letzten Endes jedoch auf die Kosten seiner Gewinnung oder Hervorholung aus der materiellen Natur durch den Verbrauch menschlicher Arbeitskräfte reduziert. Es würde zu weit führen, wollten wir hier die geschichtliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Zusammenhänge ganz genau auseinandersetzen, die dazu geführt haben, daß das Gold als sichtbare Verkörperung der im menschlichen Gütererzeugungs- und Verteilungsprozeß ständig zur Verwertung kommenden, aber sich kreislaufartig stets verflüchtigen und ineinander verschlingenden menschlichen Arbeitskraft zum Maßstab aller materiellen und selbst der meisten geistigen Werte geworden ist. „Das Kapital“ von Karl Marx gibt darüber erschöpfenden Aufschluß. Für uns genügt es hier, festzustellen, daß das Gold je nach seiner Reinheit und seinem Gewichte das materielle Grundmaß aller Werte im internationalen Wertausaustausch geworden ist. In Amsterdam, London, New York, Paris, Zürich usw. laufen alljährlich in Form der sogenannten Bärennachrichten die „Kriegsberichte“ der Finanzellen Träger der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammen. Von diesen Orten aus wird täglich mit mehr oder minder spekulativer Strategie, je nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den einzelnen Kulturstaaten der Welt, der „Wert“ ihrer offiziellen wie bekaunteren privaten Zahlungsmittel in „Bar“ oder „Brief“ gegeneinander abgewogen und nach dem jeweiligen Geldwerte wie auch nach ihrer wahrheitlichen Deckung in Gold kursfähig normiert oder „notiert“. Diese Notierungen ergeben den jeweiligen Stand der Valuta, nach dem sich die internationalen Zahlungsgeschäfte Tag für Tag abwickeln.

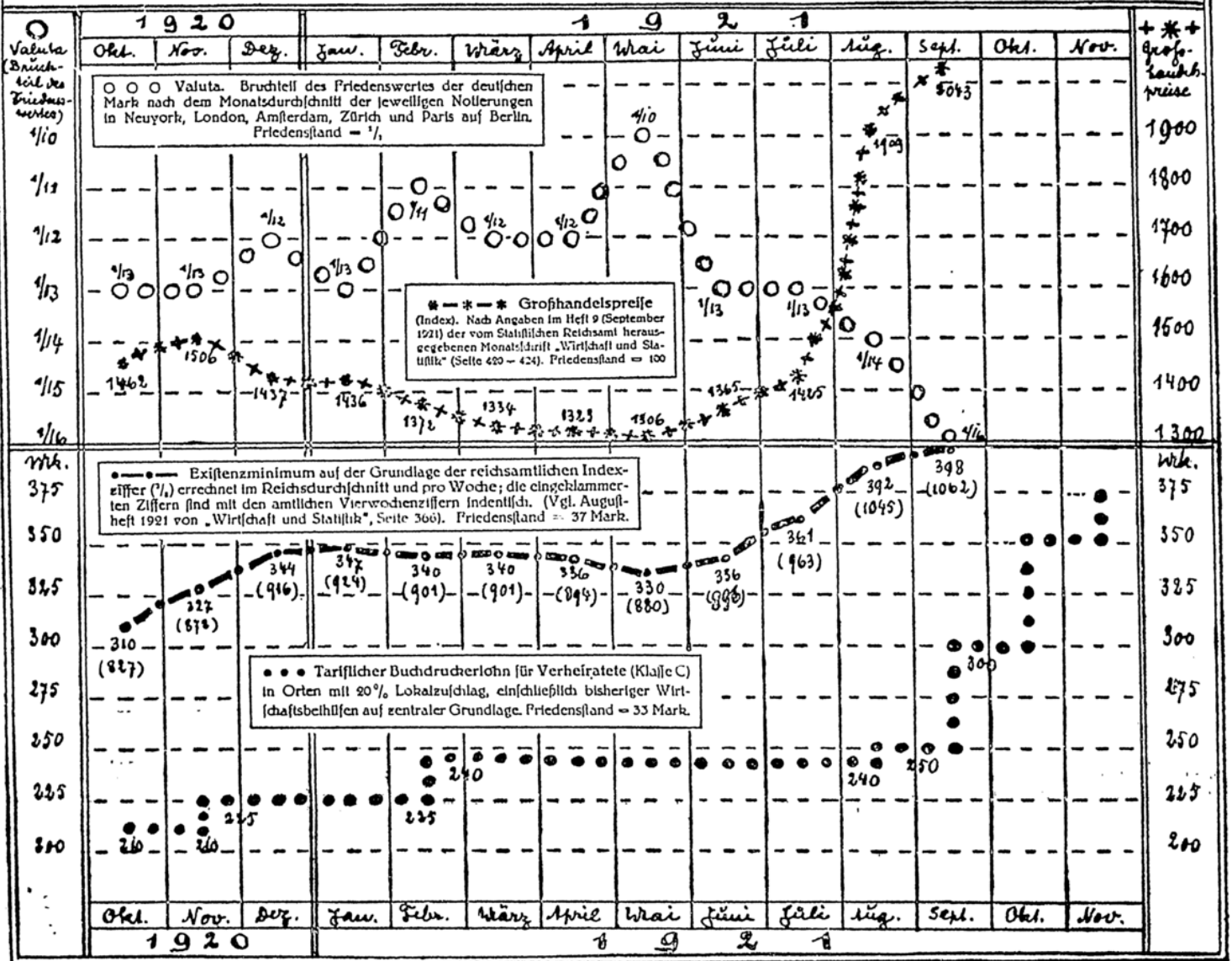
Valuta heißt also Wert im Sinne der Wertschätzung aller allgemein anerkannten Zahlungsmittel im internationalen Wert- oder Warenaustausch. Als Valutawertwerke kommen in erster Linie die börsenmäßig anerkannten Zahlungsmittel in Frage, und zwar auf einer seit allen Zeiten üblichen und nur geringen Schwankungen unterworfenen einheitlichen Grundlage der Goldwährung oder Golddeckung. Käste z. B. die deutsche Reichsbank noch einen Goldvorrat, um den ganzen im offiziellen Zahlungsverkehr umlaufenden Zahlungsmittelersatz (Papiergeld) nur zur Hälfte oder auch nur zu einem Drittel in realer Weise decken zu können, so würde die deutsche Mark im Auslande ganz anders, d. h. mit der gleichen Zahlkraft wie in Deutschland, im Kurse stehen. Aber leider ist der Goldbestand der Reichsbank auf einen gegenüber der großen Masse von deutschem Papiergeld kaum noch in Betracht kommenden Betrag zurückgegangen; es soll noch etwas über eine Milliarde sein, während sich der Wert der umlaufenden Zahlungsmittel auf über 200 Milliarden Mark erstreckt. Dieser Goldmangel der Reichsbank, die Versteppung aller deutschen Goldwerte durch die steuerlichen Kapitalisten ins Ausland, eine ungeheure Überbewertung des Auslandes mit deutschem Papiergeld haben das Angebot deutscher „Zahlungsmittel“ im Auslande derartig gehäuft, daß die Nachfrage immer tiefer sank und schließlich auch deren Wert oder die Valuta von Woche zu Woche tiefer sank. Diese beispiellose Überbewertung des Auslandes mit deutschem Papiergeld gibt dem Auslande die Möglichkeit, seine Einkäufe bei uns mit untrüger eignen entwerteten Mark zu begleichen; die sogenannte Zevillenverrechnung, d. h. Zahlung mit ausländischen Zahlungsverpflichtungen ist dadurch für Deutschland notwendiger als je geworden, da sein eigenes Geld fast keinen Wert mehr hat. Wertlos wurde der Valutasturz insbesondere durch die

Notstoff- und Lebensmittelmangel in Deutschland selbst. Die bittere Notwendigkeit, ausländische Lebensmittel und Rohstoffe, sozusagen um jeden Preis nach Deutschland einzuführen, eröffnete dem Schieberlum und dem Handel die Quelle eines unerhörten Raubzugs auf die Taschen des deutschen Volkes, während die zur Ausfuhr gelangenden deutschen Produkte zu ganz unverantwortlichen Schieberpreisen, die in gar keinem Verhältnis zu den ausländischen Preisen stehen, abgegeben wurden und noch werden. Und gerade das letztere war und ist nur möglich, weil die deutschen Arbeitslöhne durchweg wesentlich niedriger sind als die ausländischen.

In welcher verheerender Weise die Wirkungen dieser Entwertung der deutschen Mark für die Preisgestaltung und Entlohnung in Deutschland maßgebend wurden, wie dadurch die Kosten der Lebenshaltung und die Löhne beeinflusst wurden, das ergibt sich aus umfänglicher Statistischer Darlegung. Daran ist mit aller Deutlichkeit zu erleben, daß nicht die Löhne in Deutschland die Entwertung der deutschen Mark nach sich zogen, sondern daß erst die fortgesetzte Valutaverfallenerkung in ihren Wirkungen auf die Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten nach amtlichen Feststellungen (reichsammlung Statistisches) für die jeweiligen Lohnbewegungen innerhalb Deutschlands maßgebend wurden. Sehen wir uns diese Statistiken näher an, so finden wir darin die Valutafachwankungen seit Oktober 1920 bis September 1921 in Bruchteilen des Friedenswertes. Die vor Oktober 1920 liegenden Valutaveränderungen bieten bezüglich ihres Einflusses auf die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland keinen einwandfreien Maßstab, weil damals noch erhebliche Reste der Zwangswirtschaft in Deutschland — die freie Preisentscheidung hemmen, weshalb auch die amtliche Indexziffer für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in jener Zeit wesentlich niedriger war, als nach den von der Valuta abhängigen Großhandelspreisen im freien Handel zu erwarten gewesen wäre. Beträchtliche Zuschüsse aus Reichsmitteln sorgten noch für eine verhältnismäßig billigere Versorgung mit den nötigsten Lebensmitteln. Je mehr jedoch die Zwangswirtschaft auf Betreiben privatkapitalistischer Kreise gelockert und die Reichszuschüsse abgebaut wurden, desto deutlicher trat eine Annäherung der deutschen Inlandspreise an die Weltmarktpreise in Erscheinung, dementsprechend auch eine schnellere Anpassung der Großhandelspreise an die Schwankungen der Valuta. So sehen wir denn ab Oktober v. J., daß die deutschen Großhandelspreise dem Fallen oder Steigen der Valuta sozusagen auf dem Fuß in umgekehrter Richtung folgten. Im Oktober 1920 fiel der Wert der deutschen Mark von  $\frac{1}{3}$  im September 1920 auf  $\frac{1}{4}$  des Friedenswertes und blieb auch für November auf dieser Höhe. Dieser Valutasturz zog innerhalb vier Wochen eine Steigerung der Großhandelspreise von 1462 auf 1506 nach sich. Als dann im Dezember 1920 der Wert der deutschen Mark sich wieder auf  $\frac{1}{5}$  hob, senkten sich dann auch die Großhandelspreise wieder auf 1437. Als im Februar d. J. die deutsche Mark mit  $\frac{1}{6}$  des Friedenswertes notiert wurde, senkten sich die Großhandelspreise auf 1372; als sie im Mai  $\frac{1}{7}$  sank, auf 1306. Dann begann der Sturz der deutschen Markbewertung von  $\frac{1}{8}$  auf  $\frac{1}{9}$  und bis auf  $\frac{1}{10}$  im September d. J.; in knapp je vier Wochen Abstand stiegen denn auch die deutschen Großhandelspreise auf 1365, 1425, 1909 und 2043 (September 1921) gegen 100 im Frieden, und zwar ohne daß die Löhne in Deutschland gleichzeitig damit Schritt gehalten haben. In Wirklichkeit war die Sache jeweils so, daß das Steigen der Großhandelspreise dem Steigen der Kleinhandelspreise, die für die Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse in erster Linie maßgebend sind, um durchschnittlich zwei bis drei Wochen voraussetzte, und daß dann erst die Lohnbewegungen eintraten, die besonders für uns Buchdrucker stets erheblich später zu tariflichen Lohnerhöhungen führten, was ebenfalls aus der Statistiken deutlich ersichtlich ist.

Valuta und Lohn stehen demnach überhaupt in keinem direkten Verhältnisse miteinander. Denn wenn hohe Löhne den Valutastand eines Landes im Sinne der be-

# Periodischer Einfluß der Valutaveränderungen auf Großhandelspreise, Lebenshaltungskosten und Lohn



kannten Unternehmerbehauptungen in Deutschland ungünstig beeinflussen würden, so müßten gerade in jenen Ländern, deren Valuta wertvoller oder stärker ist als die deutsche, die Löhne viel niedriger sein als in Deutschland. In Wirklichkeit ist es aber gerade umgekehrt. In den Vereinigten Staaten, in England, in Holland, in der Schweiz, wie überhaupt in allen Ländern, deren Valuta wesentlich höher steht als die deutsche, sind die Arbeiterlöhne relativ durchweg höher als bei uns. Das beweist, daß die Ursachen der Valutawechselungen auf ganz andere Gebieten zu suchen sind als auf dem Lohngebiete. So ist z. B. als Ursache des gewaltigen Sturzes der deutschen Mark in den letzten Wochen und Monaten die Aufbringung der Entschädigungsleistung nach dem Versailler Vertrag von einer Milliarde Goldmark durch die deutsche Reichsregierung und dem damit erforderlichen Aufkauf von Devisen (ausländischen Zahlungsverpflichtungen) in erster Linie anzusehen. Wenn dieser Aufkauf sich wenigstens nur auf den Bedarf der deutschen Reichsregierung beschränkt hätte, so wäre eine solche Verabreichung des deutschen Markwertes nicht eingetreten. Aber wie bei allen privatkapitalistischen Geschäften die Nachfrage nach irgendeiner Sache deren Preis bestimmt und andre „Waren“ ähnlicher Art entwertet, so auch hier. Die in wie ausländischen Besitzer deutscher Zahlungsmittel suchten so viel wie möglich Devisen an sich zu reißen, trieben infolgedessen die ausländischen Devisenpreise in die Höhe und entwerteten dadurch die deutsche Mark nur noch um so mehr. Das Wertverhältnis von Geld und Ware wurde revolutionisiert. Die Furcht vor der sinkenden Mark hat begonnen. Je tiefer die Mark, desto teurer die Gage nach den steigenden Goldwerten, und in fortwährendem Preisauftrieb treibt der sinkende Geldwert die Preise empor. „Steigende Preise aber“, so heißt es in der amtlichen Monatschrift „Wirtschaft und Statistik“ (Septemberheft 1921), „lenken den Realwert des Einkommens, d. h. auch auf die Lebenshaltung, und als bald setzt die Lohnschraube mit dem unvermeidlichen Verkauf von Preisen und

Löhnen ein.“ Das ist des Rätsels Lösung, wie Valuta, Preise, Lebenshaltungskosten und Lohn zueinander stehen. Sehen wir nach dieser Beziehung der Zusammenhänge zwischen Valuta und Großhandelspreise unsere Beurteilung der Kurventafel fort, so finden wir als dritte Kurve jene des sogenannten Existenzminimums als Gradmesser der Lebenshaltungskosten für eine Familie mit drei Kindern nach der reichsamtlichen Indexziffer (Vierwochenziffer) mit 1/2 für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung und 1/2 Ergänzung für den übrigen Bedarf oder die Verpflichtungen einer fünfköpfigen Familie im Reichsdurchschnitt. Es kommen hierbei im allgemeinen die Wirkungen der sogenannten Kleinhandelspreise in Frage. Diese Kurve erweist sich von den periodischen größeren Schwankungen der Valuta weit weniger beeinflusst; sie zeigt einen „ruhigeren“, aber auch um so hartnäckigeren Gang der Dinge. Die Kleinhandelspreise folgen den Großhandelspreisen nach oben auf dem Fuße, zeigen aber durchweg wenig Neigung, sich auch ihrem Rückgang ebenso schnell und ehrlich anzupassen. Es zeigt sich da von Monat zu Monat eine gewisse passive Resistenz beim Sinken der Großhandelspreise und ein lebhaftes Steigen im entgegengekehrten Falle. Es ist daher nach allen bisherigen Erfahrungen bestimmt damit zu rechnen, daß die Oktoberziffer (1921) des Existenzminimums wesentlich höher sein wird als die im September, da in letzterem Monat die Großhandelspreise ganz außerordentlich hoch geliegen sind. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Falle einer Besserung der Valuta diese Tendenz für spätere Zeit wieder eine Abschwächung erfährt. So viel steht aber fest, daß Großhandels- und Kleinhandelspreise viel enger miteinander verbunden sind als Valuta und Kleinhandelspreise; und daß das Beharrungsvermögen der letzteren den relativen Wert des Lohnes weit mehr beeinflusst als Valuta und Großhandelspreise, weil eben die Lohnregelung immer erst hinterher erfolgt und niemals zu gleicher Zeit oder gar im Voraus. Wir erinnern nur daran, daß es z. B. die Prinzipalvertreter im Tarifaus-

schusse schon mehrmals abgelehnt haben, Lohnerböhrungen unter Hinweis auf kommende teure Zeiten zu gewähren; Wechsel auf die Zukunft wollen sie nicht ausstellen. Dieses Nachhinken der Lohnanpassung an die Kosten der Lebenshaltung oder an das Existenzminimum findet in der untersten Kurve unserer graphischen Darstellung einen geradezu augenfälligen Nachweis, wenn wir nachstehend noch die Verhältniszahlen der einzelnen Monate für alle vier Kategorien einander gegenüberstellen, und zwar jeweils in ihrem Abstände zum Friedensstandard:

	Valuta	Großhandelspreise	Existenzminimum	Buchdruckerlohn
	1/100	1-100	1-100	1=100
Friedensstandard: 1/10				
1920				
Oktober	1/10	14,6	8,2	6,4
November	1/11	15,6	8,7	6,9
Dezember	1/12	11,3	9,1	6,9
1921				
Januar	1/13	14,3	9,2	6,9
Februar	1/14	13,7	9,0	7,3
März	1/15	13,3	9,0	7,3
April	1/16	13,2	8,9	7,3
Mai	1/17	13,0	8,8	7,3
Juni	1/18	13,6	8,9	7,3
Juli	1/19	14,2	9,6	7,3
August	1/20	19,1	10,4	7,6
September	1/21	20,4	10,6	9,1
Oktober	?	?	?	10,8

Wir stellen vorstehend nur die Entwicklung der Buchdruckerlöhne in Vergleich, weil diese für uns maßgebend sind. Da es übrigens zur Zeit noch an einer einheitlichen amtlichen Lohnstatistik für das letzte Jahr fehlt, so können wir keine anderen Vergleiche, als unsere eignen Löhne heranziehen. Erst durch die unter dem Druck wachsender Unzufriedenheit loszulagende als Zangengeburt zustande gekommene zweite Wirtschaftsbillette im September ergab sich eine gewisse Annäherung an das Existenzminimum. Inwieweit dies jedoch durch die neue Lohnregelung an das Existenzminimum im Oktober und November d. J. stattd. hält, läßt sich statistisch erst später feststellen. Das unheimliche Steigen der Großhandelspreise und die täglich sichtbarer werdende Verteuerung aller Preise läßt trotz der

Inzwischen eingelieferten Erhöhung des Buchdruckerlohns auf das 10,5fache des Friedenslohns in dieser Hinsicht wenig Hoffnung auf eine bessere Übereinstimmung mit dem Existenzminimum. Dies wird erst dann eintreten, wenn das letztere als definitive Grundlage der tariflichen Lohnsetzung anerkannt wird.

Um so berechtigter ist daher aber auch die Feststellung, daß nicht die „hohen“ Löhne in Deutschland schuld an dem Valutaefand sind, sondern alle jene Kreise, die durch zu niedrige Entlohnung der deutschen Arbeiterklasse die Kaufkraft der großen Masse des eignen Volkes untergraben und auf diesem und andern noch dunkleren Wegen glauben, ihr altes unerbliches Spiel mit den schaffenden Kräften des deutschen Volkes weiterzuführen und ihre alte, durch den Weltkrieg auf ewig gebrandmarkte Repolice wieder aufzurichten zu können. Diesen Bestrebungen den Boden zu entziehen und ihren Verfechtern die profligierliche und heuchlerische Maske vom Gesicht zu reifen, ist die Aufgabe aller wahren Menschenfreunde und nicht zuletzt Christen die gelamten deutschen Stoff- wie Handarbeiter, wenn sie, statt den Valutawappern und ihren deutschen Sintermännern ihre letzten Kräfte zu opfern, ein neues und freies Deutschland der Arbeit aus den verfallenen Schimmern der privatkapitalistischen Wirtschaftsform aufbauen wollen. Zu diesem Zweck müssen tatsächlich zuerst die heutigen ungeheuren Lohnverhältnisse beseitigt werden, dann werden wir auch zu gelunden Produktionsverhältnissen kommen. Je gerechter die Lohnverhältnisse den jeweiligen Lebenshaltungskosten angepaßt werden, desto enger wird der Spielraum der privatkapitalistischen Profitmaximierer, desto geringer aber auch die Bewegungsfreiheit der nationalen wie internationalen Valutalieferer und desto notwendiger für jeden produktiven und ehrlichen Arbeiter, als einzige und dauerhafteste Quelle aller menschlichen Kultur!

(Schluß folgt.)

## Weitere Stellungnahmen zum neuen Lohnabkommen

Der Ortsverein Regensburg erklärte sich durchaus unbefriedigt von dem neuen Lohnabkommen, das wiederum der vorausgeleiteten Teuerung nachhinkt. Es werden baldig neue Verhandlungen erwartet, durch welche die Mitte November fällige Rate erheblich erhöht wird. — Wodurch im konnte sich noch begründen mit der letzten Lohnhöhung nicht zufrieden erklären, fand sich aber aus gewerkschaftlicher Disziplin damit ab. Es wird erwartet, daß sobald wie möglich neue Verhandlungen stattfinden, um der Gehilfenlöhne das zum Leben unbedingt Notwendige zu bringen. — In Nordenham wurde das redliche Bemühen der Gehilfenvertreter anerkannt, das Allernötigste herauszubringen, nichtsdestoweniger erklärte man sich mit dem unzulänglichen Ergebnisse nicht einverstanden. Die Gehilfenvertretung wurde aufgefordert, unverzüglich auf zentraler Grundlage eine weitere Lohnaufbesserung zu fordern. — Der Ortsverein Schneidemühl erklärte sich aus ähnlichen Gründen mit der erreichten Lohnzulage nicht einverstanden, erkannte jedoch die von den Gehilfenvertretern geleistete Arbeit an. Die Gehilfenvertretung wurde aufgefordert, mit aller Eile die sofortige neue Verhandlungen einzuleiten. — In Freiberg i. Sa. waren von 47 Verbandsmitgliedern 43 mit dem neuen Lohnabkommen nicht einverstanden. — Eine starkbesetzte Bezirksversammlung in Willenberg erklärte einstimmig, daß die Gehilfen nicht in der Lage seien, mit der erzwungenen Lohnzulage sich und ihre Familien zu ernähren. Die Gehilfenvertreter wurden beauftragt, sofort neue zentrale Verhandlungen zu führen zwecks Erhöhung der Zulage. — In Köslin wurde das neue Lohnabkommen unter scharfen Angriffen auf die Gehilfenvertreter einstimmig abgelehnt. Es wurde die sofortige Einleitung neuer Verhandlungen auf der Grundlage der von den Gehilfenvertretern zuerst aufgestellten Forderungen verlangt. — In Neudamm wurde die Lohnzulage als ungenügend abgelehnt und einstimmig beschlossen, den Verhandlungsstand aufzufordern, unverzüglich alle Schritte zu einer sofortigen Tarifausgleichung zu unternehmen, in der als Mindestforderung für die Provinz ein 20prozentiger Zuschlag auf die neuen Löhne unbedingt erreicht werden muß. (Inzwischen ist die Neudammer Gehilfenlöhne, da ihre ultimative Forderung der Einberufung des Tarifausgleichs bis zum 10. Oktober nicht erfüllt worden ist und außer tarifliche Zulagen von den Prinzipalen strikte abgelehnt wurden, in den Ausland getreten.) — Der Bezirksverein Neustettin erachtete die Höhe der letzten Zulage als nicht ausreichend gegenüber der enormen Steigerung aller notwendigen Lebensbedürfnisse und verlangte den baldigen Zusammentritt des Tarifausgleichs zu Verhandlungen, die der Gehilfenlöhne ein auskömmliches Existenzminimum liefern. — Der Bezirk Potsdam erklärte in dem Erheblich der letzten Lohnforderung kein Resultat, das angesichts des fortwährend steigenden Lebensmittels und der Steuerbelastung befriedigen kann. Der Verhandlungsstand wurde anberaumt, sofort die nötigen Schritte einzuleiten, was bereits im November eine weitere Lohnhöhe herbeiführen. — Die Mitgliedschaft Schleswig betrachtete das neue Lohnabkommen als durchaus ungenügend und kündigte die Erwartung an, daß unverzüglich neue Verhandlungen zwecks weiterer Lohnverbesserungen herbeigeführt werden. Nur Annahme oder Ablehnung des Ergebnisses sei eine Abstimmung entscheiden.

Mit der Aufarbeitung der uns bis jetzt vorliegenden Stellungnahmen zum neuen Lohnabkommen bringen wir die Veröffentlichungen darüber zum endgültigen Abschluß.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer in Berlin bestand am 29. September der Kollege Reinhard Kloppe (Buchdrucker Hempel & Co.) die Meisterprüfung mit Erfolg.

**Zusammenschluß der Groß-Berliner Zeitungsverleger.** Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Die „Vereinigung geistlicher Zeitungsverleger“ und der „Verein Berliner Zeitungsverleger“ (früher Verein Berliner Vorortpresse) haben unter dem Druck der für die Zeitungen immer unerträglicher werdenden Verhältnisse beschlossen, künftig in wirtschaftlichen und tariflichen Fragen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Die Kosten für Rohstoffe, Gehälter und Löhne, für Herstellung und Vertrieb der Zeitungen wachsen ebenso unabhängig wie die Verkehrsabgaben, die Frachtpreise und Postgebühren, so daß die Lebensbedingungen der Zeitungsverleger dauernd drückender werden. Die beiden Vereinigungen haben sich dahin verständigt, auf gemeinsamen Interessengebieten, wie sie in erster Linie die Hochhaltung des Lesergutes und die Buchdruckgewerbe und die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe darstellen, in Zukunft nach gemeinsamen Gesichtspunkten zu handeln.

**Mahregungswort der sächsischen Papierfabrikanen.** Der Kampf der sächsischen Papierarbeiter wurde durch Verhandlungen mit den Inhabern beigelegt. Die Arbeiterlöhne halbe dabei Rücksicht geübt auf das allgemeine öffentliche Interesse, das das Freimachen vieler hundert seit Wochen beladener Eisenbahnwagen für Kohlen- und Kartoffeltransporte erfordert. Eine Anzahl Inhaber beanwortet dies ganz entgegen der getroffenen Vereinbarung damit, daß sie Arbeiter, insbesondere Betriebsräte mahregeln wollen. In den Orten Porsdorf, Langennersdorf, Röhmen und Strohblitz sollen bei gewissen Firmen die Betriebsräte nicht anerkannt bzw. nicht wieder eingestellt werden. Bei Kämpfe in Lauenstein sollen sämtliche Arbeiter nicht wieder eingestellt werden und bei Soehle & Co. in Pirna 29 Arbeiter nur unter Vorbehalt, deren Entlassung man nach Belieben vornehmen will. Selbstverständlich ist die Arbeit in all diesen Betrieben noch nicht wieder aufgenommen worden. Der Streikbeschluß bleibt bestehen, so daß Zugang fernzubalten ist.

**Kartoffelwucher und Sicherung der Versorgung.** Die Regierung hat bis heute noch nichts unternommen, was dem Kartoffelwucher, der Zurückhaltung und der Verschlebung Einhalt gebietet sowie die Versorgung für den Winter sichern könnte. Überall sind die Preise für die Kartoffeln sprunghaft in die Höhe gegangen und die Versorgung hat sich dauernd verschlechtert. Die Erregung unter der Bevölkerung ist im Wachen begriffen und billere Sorge erfüllt die minderbemittelten Familien, ob sie überhaupt in der Lage sein werden, das nächst dem Brot unentbehrliche Nahrungsmittel zu kaufen. Während im Rheinlande vor etwa zehn Tagen der Zentner noch 70 Mk. kostete, ist er jetzt auf 90 bis 100 Mk. gestiegen. In Mitteleuropa verleiht man sich auch schon auf über 80 Mk. Anzählige Notrufe von Gemeinden, aus allen Arbeitern, Angehörigen und Beamtenkreisen sind der Regierung zugegangen. Die Gewerkschaften sind dabei, den Kampf gegen die Auswucherung der werktätigen Bevölkerung zu führen und beachtlichen, die Beschaffung des wichtigsten Nahrungsmittels, die Kartoffel, besonders forciert zu fördern. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, drei Vertreter zum Reichsernährungsminister zu entsenden, um zu erfahren, welche Maßnahmen das Reichsernährungsministerium gegen den Kartoffelwucher endlich treffen will. Hierzu sei gesagt, daß Herr Bernes, der die Kartoffelmilch durch seine Politik mitverschuldet, recht kräftig aus seiner Unfähigkeit aufgeklüftet werden muß. Wie in verschiedenen Gegenden, wo die Kartoffeln besonders groß ist, viel getan werden muß, so muß es ganz besonders in Rheinlands-Westfalen geschehen, das in diesem Jahre durch die anhaltende Trockenheit mehr als sonst auf Zuschuß angewiesen ist. Die Bergarbeiter haben das durch ihre wiederholten Stellungnahmen genügend zum Ausdruck gebracht. Es ist ein Jammer, daß an der von einer Nachener Schieberfirma betriebenen Ausfuhr von 350 t nach Belgien und von Bart in Sicht von 250 t nach Frankreich nichts mehr geändert werden kann. Die Ausfuhrbewilligung mußte ja merkwürdigerweise auf Befehl des Interalliierten Exekutivkomitees erteilt werden, da es nur „Saftkartoffeln“ waren. Für künftige Fälle muß aber vorgebeugt und die Ausfuhrerei von gewissen Firmen unterbunden werden. Man sehe auch nicht tatenlos zu, wie immer mehr Spiritus und Schnaps erzeugt und mit Verluft für das Reich in großen Mengen ins Ausland verkauft wurden. Die Volksernährung sei oberstes Gesetz, nicht der Wohlstand der Profitgierigen. Die Agrarier behaupten, die schlechte Wagnisaufstellung, die höchstens für manelnde Zufuhr in Betracht kommt, sei die Ursache der Preissteigerung. Sie schätzen auch schlechte Ernte und hohe Gekochungskosten vor. Demgegenüber sei aber auf die Mäherung vieler vernünftiger Landwirte hingewiesen, die übereinstimmend bekunden, daß beispielsweise Bommern eine gute, zum Teil sehr gute Ernte hat. Das Doppelte des vorjährigen Ernteertrags ist vielfach geerntet worden. Die großen Güter leiden sich dort wie auch in andern Gegenden erst jetzt in voller Ernte, so daß größere

Anfuhrer noch zu erwarten sind. Die Gekochungskosten belaufen sich, nach sachmännlicher Berechnung in Sachsen eher zu viel gegriffen, auf 27,50 Mk. für den Zentner. Damit lassen sich keine Verbraucherpreise von 80 Mk. und darüber rechtfertigen. Zur Sicherung der Kartoffelversorgung muß etwas Ganzes von Reichs wegen unternommen werden, die kleinen, bezugs- oder länderweise angewandten Mittel, wie in Braunschweig durch Höchstpreise ohne gleichzeitige Entlastung, haben verfaßt. Es muß eine allgemeine Zwangs-erfassung derjenigen Vorräte an Kartoffeln stattfinden, die für die Sicherung der Ernährung der städtischen Bevölkerung notwendig sind. Jedem Landwirte muß die Ablieferung eines bestimmten Teiles seiner Ernte zu Höchstpreisen gebühlich vorgeschrieben werden. Nur so kann die Bevölkerung vor Hunger und Ausbeutung geschützt und können Hungerrevollen vermieden werden. Scharfe Kritik wurde an dem sehr rechtsgelegenen preussischen Ministerpräsidenten Siegelwald im Hauptauschüsse des Landtags geübt, der das Bestreben der Landwirte, zum Goldpreise zu verkaufen, nur verurteilt und außer allgemeinen Ermahnungen besondere preussische Maßnahmen nicht in Aussicht stellen kann. Abgeordneter Evering gab Kenntnis von den Kundgebungen und Deputationen der Bergleute und Bergbauarbeiter des Westens, welche Streik und Selbsthilfe androhen für den Fall, daß nicht in kürzester Zeit Kartoffeln zu erträglichen Preisen nach dem Westen Deutschlands kommen. Evering forderte schließlich scharfe Maßnahmen gegen wuchernde Landwirte und empfahl im Notfall Ausrüstung von Stoktrupps der Schutzpolizei, um die Lieferung von Kartoffeln zu erzwingen. Dagegen wandten sich aber die Stommunkeln und Unabhängigen, weil sie davon eine Erschwerung des guten Verhältnisses zwischen Stadt und Land befürchten. Um aber notwendigen gesetzlichen Maßnahmen den widerspenstigen agrarischen Profitjägern gegenüber Geltung zu verschaffen, bleibt letzten Endes doch kein andres Mittel weiter übrig.

**Das Existenzminimum nach Dr. Suczynsky für Groß-Berlin im September 1921.** Die Kosten des Existenzminimums waren nach den Feststellungen des bekannten Statistikers Dr. Suczynsky in Groß-Berlin im September infolge der Preissteigerung für Kleidung und viele Nahrungsmittel höher als in jedem Monate seit Juni 1920. 339 Mk. im August stehen 349 Mk. im Berichtsmoat gegenüber. Teurer als im September 1920 waren vor allem Brot, Nahrungsmittel, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Milch. Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind die Preise ungeheuer hoch. Brot kostete 15 mal soviel, Weizen 16 mal, Margarine und Milch 17 mal, Zucker 19 mal, Reis 21 mal, Kartoffeln 26 mal soviel. In einzelnen sei sich die Wochensumme des Existenzminimums für Groß-Berlin folgendermaßen zusammen:

	für einen Mann	für ein Ehepaar ohne Kinder	für ein Ehepaar mit zwei Kindern
Ernährung . . . . .	65	113	152
Wohnung . . . . .	10	10	10
Kleidung, Bekleidung . . . . .	26	26	26
Bekleidung . . . . .	30	50	70
Schulstige . . . . .	40	61	81
September 1921:	171	260	349

Zum Vergleich der Schwankungen und des realen Wertes dieser Ziffern geben wir nachstehend mit Jener für September d. S. auch die früheren Indizes Dr. Suczynskys wieder:

1921	für einen Mann	für ein Ehepaar ohne Kinder	für ein Ehepaar mit zwei Kindern
September . . . . .	171	260	349
August . . . . .	165	251	339
Juli . . . . .	156	237	324
Juni . . . . .	152	217	311
Mai . . . . .	140	201	288
April . . . . .	137	204	281
März . . . . .	141	213	298
Februar . . . . .	151	226	314
Januar . . . . .	135	234	323
1920			
Dezember . . . . .	158	238	330
November . . . . .	153	228	316
Oktober . . . . .	156	232	318
September . . . . .	145	216	299
August . . . . .	144	216	300
Juli . . . . .	154	230	324
Juni . . . . .	147	217	304
Mai . . . . .	177	267	365
April . . . . .	186	279	375
März . . . . .	165	241	322
Februar . . . . .	129	190	254
Januar . . . . .	114	167	220
August 1913/Juni 1914	16,75	22,30	28,80

Bei Beurteilung dieser Ziffern ist zu berücksichtigen, daß die berechneten Sätze für einen alleinlebenden Mann, der auf Ernährung in Gasthäusern und Wohnung bei fremden Leuten angewiesen ist, in keiner Weise ausreichen; das gleiche gilt bezüglich eines alleinlebenden Ehepaars, wie auch überhaupt die Ernährungsration nach Dr. Suczynsky in ihrer Zusammenfassung wohl physiologisch das mindeste darstellt, was zur notwendigen Erhaltung des Lebens, zur psychologischen Sebung der Arbeitskraft und Freude aber bei weitem nicht ausreicht. Der Tagesverdienst müßte nach der Tabelle für ein Ehepaar mit zwei Kindern 58 Mk. und der Jahresverdienst 18200 Mk. betragen. Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum September 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Mk. auf 171 Mk., d. h. auf das 10,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 260 Mk., d. h. auf das 11,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 349 Mk., d. h. auf das 12,1fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im September etwa 9 Pf. wert.

(Sterza eine Beilage.)



## Das Buchgewerbe im Auslande

**Österreich.** Analog der Vereinbarung zwischen der graphischen Unternehmerchaft und den im Kartell vereinigten buchgewerblichen Organisationen haben auch die bei den täglich erscheinenden politischen Zeitungen Wiens beschäftigten Personale Unterabhandlungen behufs Erhöhung der Feuerungszulage geschlossen und ebenfalls eine Erhöhung ihrer Bezüge um 27 Proz. vom Minimallohn (Wohn-, Feuerungszulage und Nachzuschlag) ausgedehnt erhalten. In Anbetracht der durch die Entwertung der Krone infolge der geringen Mehrwertrendite der Zeitungsverleger Wiens gegenüber den Tagespersonalen kaum ins Gewicht, da die Nacharbeit vielerlei Mehrausgaben erfordert, abgesehen von den schlimmen Rückwirkungen auf die Gesundheit. Vor dem Kriege noch war es gewissermaßen ein erstrebenswertes Ziel vieler Kollegen, an einer Zeitung beschäftigt zu werden, jetzt hat sich auch darin ein großer Wandel vollzogen. Die Zeitungsverleger Wiens sind leider durch die Verhältnisse stark ins Minderstreifen gekommen und durch die tageliche Opferung der normalen Machtprobe können sie sich zur Zeit im günstigsten Falle pro Woche 1 kg Schweinefleisch (gegenwärtiger Preis gegen 1000 Kr.) mehr einkaufen als die tagsüber beschäftigten Kollegen. Die Gemeinde Wien hat die Absicht, infolge ihrer stets größer werdenden finanziellen Belastung der Massen nunmehr als stimmungsgemäße Ergänzung der bereits bestehenden Makalsteuer auch eine Besteuerung der Inserate einzuführen, wobei allerdings auf Stellen, welche die gebotene Rücksicht genommen werden soll. Nichtsdestoweniger ist diese Tatsache für die Buchdrucker recht unerfreulich.

Als im Jahre 1911 geschaffenen besonderen gesetzlichen Schutzbestimmungen für die in den graphischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, kurz „Wohlfahrtsordnung“ genannt, waren infolge des Krieges vielfach in Vergessenheit geraten. Aus diesem Grunde verlangte der letzte Verbandstag der Buchdrucker in einer Entschließung die Ausgestaltung der „Wohlfahrtsordnung“, was wiederum das Graphische Kartell veranlaßte, über die Ausgestaltung zu beraten und eine Reihe wichtiger Vorschläge dazu der niederösterreichischen Arbeiterkammer zu unterbreiten. Diese beschloß sich nämlich gegenwärtig mit der Schaffung allgemeiner Schutzmaßnahmen für die mit Weltarbeitenden. Sowohl Schutzvorschriften, sollen solche geschaffen werden, soweit aber bereits derartige Vorschriften bestehen, sollen sie den vorhandenen Notwendigkeiten gemäß ausgearbeitet werden. Letzteres gilt auch für die Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter in gewerblichen Betrieben, in welchen Buch- und Steindrucker sowie Schriftgießarbeiten vorgenommen werden. Das bedeutet also, daß die „Wohlfahrtsordnung“ ergänzt werden und in vollem Umfange wieder aufleben soll. Auch bei uns in Deutschland wäre ein Wiederaufleben der Bundesratsvorschriften in allen Teilen im Interesse der graphischen Arbeiterkammer dringend zu wünschen.

**Belgien.** Am 1. Oktober trat in Belgien das Gesetz in Kraft, das für sämtliche Industriearbeiter den Achtstundentag vorschreibt. Seitens der Sozialistischeren Vereinigung des Arrondissements Brüssel war auf den 2. Oktober im Brüsseler „Vollsaal“ ein großes Meeting einberufen worden, um dieses Ereignis würdig zu feiern und die Aufgaben der Zukunft zu erörtern, die sich im wesentlichen in die Forderungen zusammenfassen lassen: Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter. In einem Vortragsreferat der „Fédération Typographique Belge“ kommt Sollege Conrardy aus diesem Anlasse darauf zu sprechen, daß es den belgischen Buchdruckern gelungen ist, die Einführung des Achtstundentags schon vor zwei Jahren durchzuführen. Leider gebe es trotzdem noch einzelne Geschäfte, die durch Einschleusen von Überstunden das Prinzip des Achtstundentags illusorisch zu machen suchen. Man werde bei Revision des Arbeitsvertrags Bestimmungen einschalten müssen, die solche Machenschaften unmöglich machen. Zunächst müssen die Kollegen selbst darauf halten, daß der achtstündige Arbeitstag strikt eingehalten werde. In Belgien werden die Löhne der Buchdrucker gemäß den amtlichen Indexziffern geregelt. Vielen Indexziffern gemäß wurden in den letzten Monaten die Löhne verschiedentlich automatisch verringert, da angeblich die Kosten der Lebenshaltung geringer geworden seien. Zu verschiedenen Malen sind im belgischen Verbandsorgan Stimmen laut geworden, die die Zuverlässigkeit der amtlichen Indexangaben bezweifeln. 300 Verbandsmitglieder der Sektion Brüssel haben letzten eine Mitgliedsversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Keine Verminderung der Löhne!

**Frankreich.** Schmerzlich empfunden wurde es verschiedenen in Frankreich, daß der organisierten Arbeiterchaft keine eigene Druckerzeitung zur Verfügung steht. Die Gewerkschaftsorgane sowie die sozialistischen Parteiblätter werden durchweg in Privatdruckereien hergestellt. So kommt es, daß bei Arbeitskämpfen das Erscheinen von Veröffentlichungen, die dem Arbeiterinteresse dienen, un-

möglich gemacht wird, wie dies im Jahre 1919 gelegentlich des Ausstandes der Buchdrucker der Fall war. Es macht sich daher jetzt bei den französischen Gewerkschaften eine Bewegung bemerkbar, die zum Zweck hat, in Paris eine Druckerzeitung zu errichten, die alleiniges Eigentum der Arbeiterchaft werden soll. Das Unternehmen soll unter die Aufsicht der Buchdruckerorganisation hinsichtlich des technischen Standpunktes und unter diejenige von vier großen Zentralorganisationen hinsichtlich des sozialen Standpunktes gestellt werden. Um die pekuniären Mittel zu dieser Neugründung aufzubringen, wurden verschiedene Wege in Aussicht genommen. Die einen schlagen vor, jeder an die Confédération Générale du Travail angeschlossene Arbeiter solle einen Franken zu diesem Zwecke begeben; ein anderer Vorschlag möchte, daß jeder organisierte Arbeiter der Stadt Paris einen Tagelohn für die gute Sache der Arbeiterdruckerzeitung opfere. In einer Versammlung, die sich in der Hauptstadt mit der Frage der Druckerzeitung befaßte, machte der Kassierer die Mitteilung, daß von den 2000 ausgetretenen Anzeigenschreibern zu je 100 Fr. bereits 500 von Organisierten aus dem Buchgewerbe gesammelt worden seien. Des weiteren habe die Großhändlergesellschaft der französischen Kooperativen die Summe von 30000 Fr. zur Verfügung gestellt. Daß sich das Zeitungsunternehmen auch noch in Frankreich rentiert, zeigt eine Zusammenstellung der Gewinne verschiedener großer Pariser Blätter. „Figaro“ löstete im Jahre 1920 ab mit einem Gewinn von 750225 Fr., gegen 481935 Fr. im Jahre 1919; „Petit Journal“ 732593 Fr., gegen 1505022 Fr.; „Petit Parisien“ 343333 Fr. im Vorjahre, gegen 38 Fr. im Vorjahre; „Temps“ 30 Fr. wie im Vorjahre. — Die Carnegie-Stiftung bewilligte der Stadt Reims eine Summe von 200000 Dollars (ungefähr 2½ Millionen französischen Franken) zur Wiederinstandsetzung der städtischen Bibliothek.

**Jugoslawien.** Auf Veranlassung des Internationalen Buchdruckersekretariats wollen wir darauf hin, daß wegen bevorstehender Tarifverhandlungen die Grenzen Jugoslawiens für sämtliche graphischen Arbeiter gesperrt sind.

**Großbritannien.** In der stark mit Konfliktstoff angefüllten Lage im englischen Buchdruckergewerbe ist eine Entspannung eingetreten. Kurz vor Ablauf der von der Gewerkschaft ausgesprochenen 14tägigen Streikdauer zwecks Abwehr des Lohnabbaues traten die Vertreter beider Parteien nochmals in London zusammen, um zu versuchen, eine Lösung des Problems zu finden. Die allgemeine unzufriedene Lage des graphischen Gewerbes in England spielte bei den Verhandlungen eine bedeutende Rolle, ebenso die schlechte Wirtschaftslage der gesamten Gewerkschaft infolge der hohen Preise für die Lebenshaltung. Nach langer Beratung ermäßigten die Druckereibesitzer und Zeitungsverleger ihre Forderungen etwas, und die Vertreter der verschiedenen Verbände kamen infolgedessen zu dem einstimmigen Beschluß, die abgeänderten Forderungen anzunehmen, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder. In einer darauf vorgenommenen Abstimmung fand sich eine kleine Mehrheit zur Annahme der neuen Bedingungen bereit, nämlich für einen Lohnabbau von 5 Schilling wöchentlich am ersten Zahlungstag nach dem 24. September und für einen weiteren Lohnabbau von 2 Schilling 6 Pence am Anfang des Jahres 1922. Es muß also eine Lohnkürzung von insgesamt 7 Schilling 6 Pence von der englischen Gewerkschaft in Kauf genommen werden.

Es ist leicht begreiflich, daß sich gegen den durch Abstimmung festgelegten Entschluß in der Lohnabfrage ein starker Widerstand auf Gewerkschaften bemerkbar macht, hauptsächlich unter den Zeitungspersonalen. Die letzteren wollen überhaupt keinen Lohnabbau unter den heutigen Umständen zulassen. Deshalb wehren sie sich gegen die Annahme der neuen Lohnbedingungen. Der Verbandsleitung fällt es ansehnlich der durch die Abstimmung heraufbeschworenen Situation nicht leicht, die gewerkschaftliche Disziplin aufrecht zu erhalten und eine weitere organisatorische Zersplitterung unter der Gewerkschaft zu verhindern. Die Zeitungsarbeiter sind sich über dies nicht einig in der Sache. Ein Teil steht frei zur Organisation, während der andre die Verbandsleitung tadelt und eine Sonderorganisation unter der Fahne der Typographical Association zu errichten versucht. Leider muß man derartige Zersplitterungstendenzen auch in anderen englischen Gewerkschaften wahrnehmen zur Freude des Unternehmers.

Die allgemeine gewerbliche Lage hat eine bemerkenswerte Besserung aufzuweisen. Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe ist infolge zunehmender Erstellung von größeren Aufträgen geringer geworden, und es besteht begründeter Anlaß, der Zukunft mit größerem Vertrauen entgegenzusehen.

**Chile.** Die südlichsten Zeitungen der Erde erscheinen in spanischer Sprache in Punta Arenas an der Südspitze Chiles. Es sind dies „El Magallanes“, „La Union“ und „El Comercio“. Sie sind alle im großen amerikanischen Format gehalten und vier bis acht Seiten stark.

## Volkswirtschaft

### Die sinkende Mark

Die Tatsache der fortschreitenden Devalvierung wächst sich mehr und mehr zu einem Problem aus, das Gefahren von unabsehbarer Tragweite für die Allgemeinheit sowohl wie im besonderen für die breiten Schichten der wirtschaftlich schwachen Klassen in sich birgt, deren einziger wirtschaftliche Grundpfeiler die ständig fallende, an Qualität verlierende Papiermark ist.

Die Bewertung der Kreditfähigkeit und Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist gegenwärtig in allen Ländern der Welt nahezu auf den Nullpunkt herabgesunken. Die deutsche Mark hat einen Tiefstand erreicht, der beläufig gleichbedeutend ist mit der völligen Aufkündigung der vom deutschen Staate herausgegebenen öffentlichen Zahlungsmittel aus dem internationalen Handelsverkehr. Man bekommt für die deutschen Geldscheine im Auslande fast nichts mehr, sie werden als Zahlungsmittel für Waren kaum noch angenommen, und beim Umwechseln in fremdes Geld muß man ein ganzes Paket deutscher Geldscheine für einen Schein fremder Währung hingeben. Das wechselt in den einzelnen Ländern wohl um Pfennigbeträge aufwärts und abwärts, die Gesamtlage zeigt jedoch eine ständig weiter sinkende Tendenz. Man kennt im Auslande unter Lage genau, schätzt sie zum Teil sogar richtiger ein, als es vielfach im Inlande geschieht. Zu welchem Resultat diese Schätzung kommt, zeigt sich in dem Valutastande der Mark. In der Bewertung der Zahlungsmittel eines Staates gibt das Ausland sein Urteil über die Finanzlage dieses Staates zu erkennen, die ja in hohem Grade von seiner politischen Lage abhängig ist. Die von der deutschen Regierung vor einiger Zeit ausgegebenen Bonds sind an uns zurückgegeben worden, sie waren auf den ausländischen Geldmärkten nicht unterzubringen, weil im Auslande niemand Lust hat, das eigene Geld gegen den problematischen Wert deutscher Anweisungen einzutauschen.

Abgesehen von dem gegenwärtigen Stande der deutschen Valuta, drauf man der deutschen Mark auch auf eine absehbare Zukunft hinaus nicht die Kraft der Erholung zu, weil man Deutschlands Gesamtlage eben unter der Voraussetzung einschätzt, daß eine politische und wirtschaftliche Gesundung in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Dazu liegt Deutschlands politische Lage zu offen auf, und im Auslande weiß man auch besser, als mancher es im Inlande weiß, mit welcher ungeheuren Schuldenbelastung das neue Deutschland seinen Weg in die Zukunft antreten muß.

Diese Schuld belastet uns vor der ganzen Welt. Das Ausland steht uns als Gläubiger gegenüber und verlangt von uns unter Androhung von Gewaltmitteln die Abtragung der Schuld, verweigert aber die Annahme der staatlichen Zahlungsmittel, eben des Papiergeldes, weil dieses Geld kein Geld ist, im Auslande keinen Wert hat. Eine verwerfliche Lage für Deutschland, insbesondere für die deutsche Regierung, die der Träger der deutschen Schuld ist und irgendetwie die Möglichkeit finden muß, die Entenlagläubiger zu befriedigen. Vor kurzem war eine Milliarde Goldmark an die Entente zu zahlen. Sie ist gezahlt worden. Natürlich nicht in deutschen Tausendmarktscheinen. Darauf läßt sich die Entente nicht ein, sondern die Regierung war gezwungen, gegen teure Preise ausländisches Geld zu kaufen und damit die Gläubiger zu befriedigen. Die Regierung hat nicht bekannt gemacht, wie das möglich war, mit welchen realen Werten sie diese eine Milliarde Goldmark aufgewogen hat. Vielleicht weiß man auch das im Auslande besser als in Deutschland; der plötzliche Absturz der Mark dürfte mit dieser Kenntnis im Zusammenhang stehen.

Es liegt nahe, ja, es ist selbstverständlich, daß die Regierung versuche, diese eine Milliarde Goldmark im Inlande in denjenigen Werten aufzubringen, die von untern Gläubigern als Zahlungsmittel angenommen werden. Da vom deutschen Papiergelde keine Rede sein konnte, so mußte zu fremden Geldern und Werten gegriffen werden, die im Ausland anerkannt werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß solche fremden Werten in Deutschland in beträchtlicher Höhe vorhanden sind. Aber sie befinden sich im wahlgeleiteten Privatbesitz, und es besteht nur eine sehr geringe Neigung dafür, sie der deutschen Regierung zum Zweck der Abtragung der öffentlichen Schuld gegen Papiermark zu verkaufen. In denjenigen Kreisen, die im Besitz ausländischer Werten oder anderer goldwertiger Vermögensobjekte sind, schätzt man die Valuta der deutschen Mark ebenso tief ein wie im Ausland. Es besteht im Gegenteil das Bestreben, solche fremden Werte so viel wie möglich an sich zu bringen, denn es will immerhin etwas bedeuten, wenn man bei einem finanziellen Zusammenbruch des deutschen Staates einen möglichst großen Teil des Privatvermögens in ausländische Valuta hinübergereift hat.

Es verlaßt, daß die deutsche Regierung bei ihrem Bemühen, die letzten fällige eine Milliarde Goldmark in realen, von der Entente anerkannten Werten zusammen-

zubringen, vom deutlichen Kapitalismus im Stich gelassen wurde. Die Schwierigkeiten sind für dieses Mal noch einmal überwunden worden. Die Entente hat erklärt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Aber nun richtet sich mit wachsender Bedrohlichkeit die Frage auf: Was soll weiter werden? Vor uns steht noch eine Riesenlast, und die für die Abtragung vorgelebten Fälligkeitstermine kommen. Wie wird es weiterhin möglich sein, die Gläubiger zu befriedigen, die Zahlungsmittel aufzutreiben? Im Auslande legt man sich diese Frage ebenfalls vor, und man beantwortet sie mit der ständig weiter fortschreitenden Entwertung der Mark. Das bedeutet doch wohl in der international verständlichen Sprache des Mannmonismus, daß man die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands für gefährdet hält, daß man die Kraft und die Möglichkeit bezweifelt, den ungeheuerlichen Verpflichtungen unter den dabei in Betracht kommenden ungünstigen Umständen bis zum Ende nachzukommen.

Der englische Professor Keynes spricht das vor aller Welt aus und mahnt die Entente zu einer Revision des Friedensvertrags und zu einem Neuaufbau des europäischen Wirtschaftslandes. Andre englische Wirtschaftler von Bedeutung, wie Hobson und Morel, weisen ebenfalls auf die Unmöglichkeit der Erfüllung aller uns auferlegten Verpflichtungen hin und erwarten unsern Zusammenbruch für das Jahr 1922. Nach Havenstein müssen wir um die Mitte des nächsten Jahres da angetroffen sein, wo Österreich heute steht. Die Warnungen Keynes' haben in der ganzen Welt Beachtung gefunden. Aber werden die Stimmen der Vernunft sich endlich durchsetzen gegenüber den Stimmungen der Antipathie, die immer noch in sehr starkem Grade die auf Deutschland bezügliche Politik des Auslandes beherrschen? Man denke an die Mentalität Frankreichs, die doch die Politik der Entente recht stark beeinflusst. Die Gründe der höheren Politik veranlassen England immer wieder, Frankreich auch da Gefolgshaft zu leisten oder ihm zum mindesten zu sekundieren, wo es in seinen wirtschaftlichen Tendenzen und in seiner Kultur, aber weiter vorausblickenden Beurteilung der Dinge nicht mit den französischen, von Gefühlsmomenten stark beeinflussten Aufstellungen übereinstimmt.

Trotzdem beginnt man in England dem Problem der europäischen Wirtschaftsdpression und der Überwindung der weltwirtschaftlichen Stimmungen tiefer nachzugehen. Hierzu trägt wesentlich die Not im eigenen Hause bei. Denn auch in England besteht eine Wirtschaftskrisis von solcher Ausdehnung, daß sich den Politikern und Wirtschaftsführern die zwingende Verpflichtung auferlegt, auf Mittel zu finden, um den gelähmten Organismus der Weltwirtschaft wieder bewegungsfähig zu machen. England, die auch im wirtschaftlichen Sinne weltbeherrschende Macht, die auch aus diesem Striege wieder mit einem Zuwachs an weltpolitischem Einfluß hervorgeht, hat noch nie eine derartige Wirtschaftskrisis erlebt, noch nie war die Zahl der Arbeitslosen im eigenen Lande so groß, als es gegenwärtig der Fall ist. Auch in Amerika ist die Arbeitslosenzahl abnorm groß. Hier wie überall offenbar sich die verberende Wirkung, die dieser Krieg auf den Handelsverkehr der Völker ausgeübt hat.

Die Schwierigkeiten beruhen jetzt, drei Jahre nach Beendigung des Krieges, nicht mehr so sehr in den Produktionshemmungen, als vielmehr in den Störungen, die der Krieg im internationalen Güteraustausch hinterlassen hat. Wenn auch die heute immer noch vorhandenen Produktionshemmungen, die teils technischer Natur sind, teils in der sozialen Benurteilung der Menschheit beruhen, nicht verkannt werden sollen, so sind doch immerhin die größten Schwierigkeiten überwunden. Man ist im großen und ganzen wieder auf Friedensproduktion eingestellt und würde technisch und quantitativ auch stark gesteigerten Anforderungen genügen können, wenn diese Anforderungen gestellt würden. Hier liegt aber das Schwergewicht der Hemmungen: Der Krieg hat den Handelsverkehr und den Güteraustausch der Völker in, so nachschütter und umfassender Weise lahmgelegt, daß es trotz brennendem Bedürfnis in den vergangenen drei Jahren noch nicht gelungen ist, diese Lähmung der Weltwirtschaft zu überwinden.

Kann es einen unverständlicheren Gegensatz geben als den zwischen dem starken Warenhunger, der in allen Ländern besteht, und der großen Zahl der Arbeitslosen, die ebenfalls in allen Ländern vorhanden ist? Versteht es nicht gegen alle Gesetze der Vernunft, daß in Amerika große Warenbestände wegen Mangel an Absatzgelegenheit vernichtet werden, während in dem ausgelegenen Europa ein dringender Bedarf immer gerade an diesen Waren besteht? Trotz dem Warenüberschuß auf der einen und dem Warenbedarf auf der andern Seite unterbleibt der Austausch der Güter, weil es eben den in den Krieg verarmten Völkern an Zahlungsmitteln fehlt, die im Auslande einen Wert haben. Und nun ist die Wirkung die, daß nicht nur die im Krieg unterlegenen und verfallenden Länder unter einer Wirtschaftskrisis zu leiden haben, sondern die ihnen auferlegte Lähmung der Produktion und die Folgen ihres Ausscheidens aus dem internationalen Kreislaufe der Güter übertragen sich auf den Gesamtorganismus der Weltwirtschaft und ziehen auch die aus dem Krieg als Sieger hervorgegangenen Völker in Mitleidenenschaft. Die valutarischen Länder können nicht zahlen, daher fehlt es den valutarischen Ländern an ausreichender Absatzmöglichkeit; letzten Endes ist die Tragweite des durch den Krieg verursachten Stagnationsprozesses nicht abzuschätzen.

Die Konsequenzen, die sich aus untrer Verschuldung dem Auslande gegenüber ergeben, liegen klar zutage. Die deutsche Papiermark, die nur im Inlande einen Wert hat, sinkt auch hier ständig in ihrem Werte.

Mit andern Worten: es ist eine immer größer werdende Anzahl solcher Papiermark für die Bedürfnisse der Lebenshaltung aufzubringen. In der Notwendigkeit, eine genügend große Summe solcher Papiermark zu verdienen, besteht jetzt die Daseinsfrage jener breiten Volksschichten, deren ganze Wirtschaftsexistenz auf dieser Papiermark beruht. Das ist die Arbeiterschaft, das sind alle Lohnempfänger, deren Wirtschaftsbedingungen durch Lohnlarie bestimmt und begrenzt sind. Deren hauptsächlichste Existenzfrage muß jetzt darauf gerichtet sein, die fortschreitende Entwertung der Papiermark durch eine in der Vermehrung der Papiermark ausgedrückte Lohnerhöhung auszugleichen.

Länder wie Rußland, Polen und Österreich zeigen uns, daß wir das erreichbare Maximum in der Papiergeldproduktion noch nicht erreicht haben. Irgezwann aber muß dieser widernatürliche Prozeß, der die Kaufkraft des Geldes fortschreitend entwertet und die Zahlungsmittel vermehrt, einmal zum Stillstande kommen. Nach außen hin ist dieser Stillstand schon eingetreten, denn unter vom Staat ausgegebenes Papiergeld hat im Auslande keine Kaufkraft mehr. Aber auch im Innern feuern wir einem Stillstande der Valuta zu, der eine Katastrophe befürchten läßt.

Mehr als je tritt in der jetzigen Lage der Gegensatz zwischen dem öffentlichen Staatsvermögen und dem Privatvermögen in die Erscheinung. Das Privatvermögen zeigt das ängstliche Bestreben, sich nicht mit dem Staatsvermögen zu identifizieren, sich vor dem Zugriff der staatlichen Finanzorgane zu retten. Es findet in ausgedehntem Umfange geradezu eine Flucht des Privatvermögens vor dem öffentlichen staatlichen Zahlungsmittel, der Papiermark, statt, indem man deutsches Geld in fremde Geldsorten und Aktien oder in sonstige Wertobjekte umsetzt, die einen internationalen Wert haben. Hier tut sich das unerfreuliche Gebiet der Valutaflehlungen auf.

Dem Staat, dem mit der Aufbringung der Steuern in Papiermark letzten Endes auch nicht viel geholfen ist, der seine Schuld nach außen hin vielmehr in realen Werten von internationaler Geltung abtragen muß, ruft man das Schlagwort zu, daß ein „Eingriff in die Substanz“ von der deutschen Wirtschaft nicht ertragen werden könne. Wirklich nicht? Bei näherem Zusehen kommt man zu der Feststellung, daß das deutsche Privatvermögen doch noch goldwertige „Substanz“ in so ausreichender Menge enthält, daß man sich einen Opferbeitrag an den überschuldeten Staat sehr wohl ohne den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft denken kann. Wer aber wagt im heutigen Deutschland an solchen Heroismus zu denken? Die Dinge liegen aber doch so, daß zwangsläufig eine große Aktion zur finanziellen Rettung des Staates geschehen muß. Das Reich braucht Goldwerte, die heute eben nur im Privatvermögen vorhanden sind. Hier muß zugegriffen werden! Nicht aber in der Form von Streikeln, wie es das neuerliche Alerbieten aus den Kreisen der Industrie und Finanz will. Hierdurch würde das Reich dem Privatkapital gegenüber immer tiefer verschuldet. Dieses verschuldet, der Goldwerte entbehrende, der Zahlungsmittel nach außen hin verbaute Reich muß einen Anteil an den Realgewinnen durch Realbeteiligung an den Unternehmungen haben. Der Gegensatz zwischen den überschuldeten Reichsfinanzen und dem im Gelde schwimmenden Privatkapital in Industrie und Landwirtschaft ist ein skandalöser Zustand! Die Realgewinne, die auf beiden Produktionsgebieten seit Jahren gemacht werden, ermöglichen es, trotz dem Stillstande der Papiermark enorme Aberschüsse in Vermögensobjekte umzuwandeln, die einen Goldwert darstellen. Es kommt eben letzten Endes doch auf die Summe an, Riesenlumpen solcher Papiermark zusammenzubringen.

Den Arbeitern, Lohnangestellten und Gehaltsempfängern fällt aber nur eine begrenzte, in den Tarifen fixierte Anzahl von Papiermark durch die Hände, die eben gerade und oft kaum für ein Existenzminimum hinreicht. Diese große Masse der von der Papiermark abhängigen wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten hat aber an der Gelundung der Reichsfinanzen ein dringendes Interesse, und mit allem Nachdruck muß daher die Forderung vortreten und durchgekämpft werden, daß das Privatkapital zur Hebung des Staatsvermögens und der staatlichen Kreditfähigkeit durch Beiträge herangezogen wird, die sich nicht in Papiermark, sondern in Goldwerten darstellen. Das Privatvermögen vertritt diesen „Eingriff in die Substanz“ sehr wohl, auf das Abwehrgeld der Interessenten darf keine Rücksicht genommen werden.

Wenn wir eine Hebung untrer Valuta im Auslande und Inlande erreichen wollen, wenn uns die Außenwelt wieder eine Kreditfähigkeit zufließen soll, wenn wir andre Länder geneigt machen wollen, wieder Handelsverträge mit uns abzuschließen und einen geregelten und zuverlässigen Güteraustausch mit uns zu unterhalten, dann muß zuvor der Staat aus seiner Finanznot heraus. Die Vorbedingung für die Gesundung unfres inneren allgemeinen Wirtschaftslebens ist die Aufrichtung untrer Staatsfinanzen. Diese müssen die Grundlage für die Entwicklung zu normalen Verhältnissen sein. In dieser Wiedergelundung haben die arbeitenden, von der Papiermark abhängigen und mit der Papiermark herabstinkenden Volksschichten ein dringendes Interesse. Das Privatkapital hat die Mittel, dem Staat zur finanziellen Wiedergelundung zu verhelfen. Man soll sie nur in Anspruch nehmen. E. Sch.

**Emshorn.** Die hiesige Gehilfenschaft trat an die Prinzipale um Bewilligung außerordentlicher Zulagen heran. Die Arbeitgeber lehnten jedoch jede Verhandlung mit den Gehillen ab. Diese traten daher am 11. Oktober in den Ausstand.

**Frankfurt a. M.** (Schriftgießer.) Die Mitgliederversammlung am 5. Oktober nahm den Bericht über die Tarifauschuhverhandlungen in Leipzig entgegen. Aus den Berichten der Delegierten war zu ersehen, welche Anstrengung es gekostet hat, die Frage einer notwendigen Lebenseristenz zum sozialen Ziele zu bringen. Das kommen wurde gegen eine Minderheit angenommen. Mit der Erledigung einiger tariflicher Fragen fand die aufgelauchte Verhandlung ihr Ende.

**Leipzig.** (Schriftgießer.) — Situationsbericht. Die Versammlung am 21. September hatte sich außerordentlich starken Beifalls zu erfreuen. Zunächst wurde das Resultat der Urabstimmung zum Reichsstarik bekanntgegeben. Hierauf gab der Vorsitzende einen eingehenden Bericht über die letzten Vorkommnisse im Gewerbe. Bereits bei den Beratungen zum Reichsstarik seien die Prinzipale nicht im unklaren über eine Nachforderung oder Wirtschaftsbefähigung gelassen worden, trotzdem das Lohnabkommen bis Ende September Gültigkeit habe. Die Gehilfenschaft verlange, daß sie existieren könne, und es sind daher erneut auf Grund der eingetretene enormen Teuerung Anträge auf Gewährung einer Ausgleichsumme für September bei den Prinzipalen gestellt worden. Leider sei ein recht härgehtliches Zugeständnis zu verzeichnen, was auch die Urade der gegenwärtigen Erregung unter der Gehilfenschaft ist. Gegen die vollständig unzureichenden Zugeständnisse wurde schärfster Protest erhoben. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, zu der demnächst stattfindenden Tarifauschuhhebung eine Erhöhung des Stundenlohns um 3 Mk. sowie Gleichstellung im Lokalzulage mit Hamburg und Frankfurt a. M. zu beantragen. Mit den Vorarbeiten zur Schaffung eines Akkordtarifs für Handmachinengießer sowie Messingarbeiter soll demnächst begonnen werden. — Eine wiederum sehr stark beachtete Versammlung am 5. Oktober beschäftigte sich mit den Ursachen und Auswirkungen des Frankfurter Konflikts. Der Bericht über die Tarifauschuhhebung wurde in spezieller Weise vom Gehilfenvertreter sowie vom Vertreter der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gegeben. Das Resultat wurde gegen die früheren Abkommen als wohl etwas günstiger bezeichnet, doch seien die Zugeständnisse innerhalb weniger Tage bereits wieder illusorisch gemacht und überholt. Starke Mißfallen erregte die äußerst niedrige Bemessung des Ortszulags für Leipzig. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, die Zentralkommission zu ersuchen, beim Tarifauschuh die Gleichstellung Leipzigs mit Hamburg und Frankfurt a. M. bezüglich des Ortszulags zu beantragen. Das neue Lohnabkommen wurde dann gegen acht Stimmen angenommen und dabei bemerkt, daß bei steigender Teuerung der für Mitte November festgesetzte Aufschlag bereits ab 1. November zu fordern sei.

**Briefkasten**

**S. A. D.**: Wird aufgenommen. — **A. in Q.**: In Nr. 117 bereits kurz von einem Ausschuhmittlungsbehold. Danken für Zustimmung; wegen künftiger Sitzungen wird noch Verständigung stattfinden über Form der Berichterstattung. — **S. O. in B.**: Abgelehnt auf Grund des in Nr. 119 auf der zweiten Seite in der mittleren Spalte unten Gesagten. — **A. W. in M.**: Die Aufnahme der Notiz läßt sich der Konsequenzen wegen nicht ermöglichen. — **G. P. in Berlin**: Warten Sie die im englischen Buchdruckgewerbe infolge einer Urabstimmung entstandene Situation zu beachten, worüber im Auslandsstelle dieser Nummer berichtet wird. — **Girma G. J.** in Bielefeld a. M.: Von derartigen Publikationen nehmen wir keine Notiz. — **M. Sch. in W.**: Haben Ihre Beschwerde dem hiesigen Zeilungsamt übermitteln. — **J. 153**: 31,40 Mk.

□ □ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II, Fernsprecher: Westl. Anruf Nr. 1191.

**Adressenveränderungen**

Schönberg (Meckl.). Kassierer: Hermann Kolff, Sternstraße 195.  
Soran. Vorsitzender: Richard Obgarlet, Vestingstraße 9.

**Jur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
Im Gau Hamburg-Altona die Geher 1. Alexander Blankenstein, geb. in Aresfeld 1882, ausgel. das. 1901; 2. Gustav Bodmann, geb. in Lebrte 1897, ausgel. das. 1914; 3. Rudolf Olwina, geb. in Gushörden 1898, ausgel. in Bitterfeld 1914; 4. Robert Hoffmann, geb. in Breszen 1896, ausgel. in Hamburg 1915; 5. Karl Richter, geb. in Hamburg 1898, ausgel. das. 1918; waren schon Mitglieder. — (Fr. Anrufer in Hamburg, Velenbinderpfad 57 II.  
Im Gau Schleswig-Holstein der Storkwerdergen Gerhard Engel, geb. in Berlin 1899, ausgel. in Schwelb (Mark) 1918; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Niel, Schauenburgerstraße 34 p.

**Arbeitslosenunterstützung**

Stettin. Der Geher Georg Kuppfer, geboren in Berlin 1867, hat auf der Tour Berlin-Stettin sein Verbandsbuch Nr. 122, Gau Neudenberg-Lübbeck 1741, verloren. Daselbe wird für ungültig erklärt.

**Versammlungskalender**

Brandenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. November, nicht 30. Oktober, im „Volkshaus“ in Brandenburg.  
Satz. Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Oktober, vor-mittags 9½ Uhr, in der „Guten Quelle“ in Sels.